

GROSSER RAT

GR.17.137-1

VORSTOSS

Interpellation Sabina Freiermuth, FDP, Zofingen (Sprecherin), und Maja Riniker, FDP, Suhr, vom 20. Juni 2017 betreffend Entwicklung der Ausbildung an Berufsfach- und Mittelschulen (Sekundarstufe II) im Zeitalter der Digitalisierung

Text und Begründung:

Die Veränderungen in der Berufs- und Arbeitswelt in Zusammenhang mit der Digitalisierung und Automatisierung, kurz Industrie 4.0, sind zurzeit in aller Munde. Die Herausforderungen und Chancen sind mannigfach, der Handlungsdruck aufgrund der rasanten Entwicklung hoch.

Die Digitalisierung erfordert auch in der Ausbildung neue Modelle der Stoffvermittlung. Im Rahmen der Vision Berufsbildung 2030 hat der Bundesrat kürzlich mit Vertretern von Wirtschaft und Arbeitnehmern über die Entwicklung der Lehre die Diskussion aufgenommen. Eines der Haupthandlungsfelder ist dabei die flexiblere Gestaltung der Berufsschulbildung. Im Kanton Bern sind bereits Bestrebungen unterwegs, die Berufslehre der Informatiker, die sich für neue Modelle und Pilotversuche in diesem Themengebiet zweifellos besonders anbietet, zu flexibilisieren.

Aber flexible, digitale Lernformen können auch in anderen Berufslehren sowie in Mittelschulen und Gymnasien eingesetzt werden – und sind in der einen oder andern Form bereits präsent. Industrie 4.0 führt also zu Bildung 4.0 – und dies wohl schneller als wir meinen.

Eine der Auswirkungen der Einführung von neuen Lernmodellen könnte zum Beispiel sein, dass die Lernenden weniger Tage pro Woche an der Schule vor Ort verbringen, was langfristig grundlegende Auswirkungen auf die Schulraumplanung hätte. Mithilfe einer übergeordneten Strategie und geeigneten Rahmenbedingungen könnten die Schulen gemeinsame Ziele verfolgen und Synergien nutzen.

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang höflich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

Fragen zu den Bereichen Berufsbildung und Mittelschulen:

1. Welche Haltung vertritt der Regierungsrat gegenüber der Digitalisierung in der Ausbildung auf Sekundarstufe II? Welche Chancen sieht er, welche Risiken, welche Herausforderungen?
2. Der Regierungsrat wird gebeten, einen Überblick über die zurzeit vorhandenen digitalen Lernformen und unterstützenden Mitteln (z. B. virtuelles Klassenzimmer, schülerorientiertes Lernen) zu geben. Welche sind an Schulen im Kanton Aargau bereits im Einsatz?
3. Gibt es Schulen, die in gewissen Bereichen eine Vorreiterrolle übernehmen? Kann aus Sicht des Regierungsrats die Grösse einer Schule bei der Einführung der neuen Lernformen eine Rolle spielen?
4. Welche Auswirkungen sind zu erwarten (getrennt nach Berufsbildung und Mittelschulen) hinsichtlich Schulraumplanung, Ausbildungsinhalt/Ausbildungsprogramm, Finanzen, weitere?
5. Besteht interkantonal ein Austausch zum Thema "Digitalisierung in der Ausbildung"? Wenn ja, in welcher Form?

6. Ist im Kanton Aargau eine Strategie vorhanden, wie man den Veränderungen begegnen will?
 - a. Falls ja, wie sieht diese aus?
 - b. Falls nein, ist der Regierungsrat bereit, eine solche zu entwickeln bzw. in Auftrag zu geben?
7. Welche Formen der Unterstützung kann der Kanton bieten, um die Entwicklung positiv voranzutreiben? Welche günstigen Rahmenbedingungen sind zu setzen?

Fragen zur Berufsbildung im Speziellen:

8. Für welche Berufslehren, nebst der Informatiklehre, ist die Einführung solcher Lernformen geeignet?
9. Welche Verantwortungen können nach Meinung des Regierungsrats die Berufsfachschulen wahrnehmen? Welche die Lehrbetriebe? Welche die Berufsverbände? Welche der Kanton?

Mitunterzeichnet von 19 Ratsmitgliedern